

Die Kieler Sozialdemokraten

MEDIENINFORMATION

18. Januar 2010

Anhang zur Pressemitteilung „Neue Impulse für Kieler Wirtschaftspolitik 2010“ vom 18.01.2010

Neuer Start für die Kieler Wirtschaft Weichen stellen bis 2011

1. Kommunale Wirtschaftspolitik in der Finanzkrise: Politische Gestaltung geht weiter

Die Landeshauptstadt Kiel braucht einen neuen Anfang in der kommunalen Wirtschaftspolitik. Sie leidet nicht nur unter der aktuellen Wirtschaftskrise, sondern auch darunter, dass in den letzten fünf Jahren zentrale Aufgaben sträflich vernachlässigt wurden. Vorhandene Stärken und Potenziale wurden nicht ausgebaut und entwickelt, Chancen und Entwicklungen verpasst und Entwicklungsziele kaum definiert und so gut wie nicht verwirklicht:

- Obwohl auf Landes- und EU-Ebene z.B. mit der Meerespolitik ein zukunftssträchtiger Politikrahmen formuliert wurde, der langfristig große ökonomische Chancen bietet, wurde es nicht nur beim Science Center versäumt, Kiel und die Kieler maritimen Stärken zu positionieren und auszubauen;
- Obwohl die Kieler Wirtschaft hoch innovative Spitzentechnologien anbietet und mit der CAU, dem IfW, der FH, IfM-GEOMAR und vielen anderen Einrichtungen der Spitzenforschung präsent sind, wurde es versäumt, dieses kreative Potenzial in die Stadtentwicklung einzubinden;
- Obwohl aktive Bestandssicherung auf kommunaler Ebene in erster Linie aus schnellen Entscheidungen und pragmatischer Hilfestellung gerade für kleine und mittelständische Unternehmen besteht, wurden die Zuständigkeiten und Kompetenzen in der Stadtverwaltung bürokratisch verteilt.

Dabei darf nicht übersehen werden, dass gerade in der aktuellen Krise kommunale Wirtschaftspolitik so gut wie nicht mehr über die klassischen Instrumente wie Steuer- und Hebesätze, Abgaben oder Fördergelder betrieben werden kann. Dazu ist die Zahl der Gewerbesteuerzahler in Kiel zu gering und das Steueraufkommen abhängig von der Ertragslage weniger Unternehmen, die z.T. in großen Schwierigkeiten stecken. Traditionelle Aufgaben wie Stadtmarketing, Flächenmanagement und kommunale Betriebe bleiben immer noch wichtig, müssen aber genauso wie Maßnahmen zur Bestandssicherung neu definiert werden. Vollkommen neu aufgebaut werden muss hingegen eine enge Zusammenarbeit mit den wichtigen ökonomischen, innovativen und kreativen Akteuren in der Stadt.

Die SPD hat im letzten Kommunalwahlkampf mit ihrem Handlungskonzept Arbeit und Wirtschaft Eckpunkte definiert, die es nun schnell umzusetzen gilt. Wir wollen im Lauf der nächsten zwölf Monate mit konkreten Maßnahmen die Weichen stellen für die Entwicklung zu einem attraktiven Wirtschaftsstandort. Wir konzentrieren uns mit unseren Vorschlägen auf den kommunalen Handlungsrahmen und damit auf umsetzbare Maßnahmen. Dies wollen wir in

enger Diskussion mit der Wirtschaft, den Sozialpartnern und den Kreativen in der Stadt erreichen.

2. **Wirtschaftsstandort Kiel: Die Stadt braucht Ziele**

Die Stadt hat in den letzten Jahren strategische Ziele definiert, aber nicht genügend konkretisiert. Besonders in den letzten fünf Jahren gab es keine zusammenhängende Entwicklungsstrategie. Diesem Versäumnis muss aus mindestens zwei Gründen abgeholfen werden:

Erstens: Schon jetzt sind die Auswirkungen von grundlegenden Trends auf potenziell für Kiel wichtigen Feldern spürbar, zu denen u.a. werden auf Landes-, Bundes- und europäischer Ebene Entscheidungen vorbereitet werden. Z.B.

- Demografische Entwicklung: Wie bereitet sich Kiel darauf vor, als eine der wenigen Städte im Norden die Bevölkerungszahl i.w. stabil zu halten? Wie lässt sich dies als Standortvorteil einsetzen?
- Steigende Hafenverkehre und steigender Konkurrenzdruck im Ostseeraum: Wie reagiert die Hafenstadt Kiel darauf, etwa mit einer Verbesserung der Hafen-Umland-Verbindungen oder verstärkten Kooperationen mit Hamburg und Häfen im Ostseeraum?
- Wissensbasierte Stadtentwicklung und Strukturwandel im Ostseeraum: Wie nutzt Kiel seine Standortvorteile gegenüber anderen Regionen – und wo kann Kiel mit Partnern kooperieren?
- Wie schafft Kiel Perspektiven für den Ausbau vorhandener Kieler Stärken und Entwicklungschancen, z.B. in den Bereichen Medizintechnik, maritime Technologien oder Logistik?

Zweitens: Die Stadt braucht Investoren. Investoren verlangen zu Recht einen Rahmen, was in der längerfristig Stadt machbar ist – und was nicht. Die Erfahrungen der letzten Jahre in der Innenstadtentwicklung haben dabei gezeigt, dass wertvolle Zeit verschwendet wird, wenn erst über unterschiedliche Vorschläge unterschiedlicher Investoren gestritten wird, ohne dass klar wird, wohin die Entwicklung gehen soll.

- Diese Versäumnisse können nicht am Grünen Tisch behoben werden. Daher muss bis zum Ende des Jahres 2010 eine **kommunale SWOT-Analyse** in enger Zusammenarbeit zwischen der Landeshauptstadt Kiel, den wichtigsten wirtschaftlichen Akteuren und den wissenschaftlichen Einrichtungen in Kiel durchgeführt werden. Dies ist die Voraussetzung für die Formulierung weiterer Schritte.
- Mit diesem Prozess muss gleichzeitig die **enge Zusammenarbeit mit dem kreativen Potenzial in der Stadtentwicklung** begonnen und auf eine feste Basis gestellt werden.
- Die SPD wird sich an diesem Prozess **mit eigenen Vorschlägen** beteiligen.

3. **Jetzt handeln statt warten: Die Stadt braucht operative Schwerpunkte**

Auch in der kommunalen Wirtschaftspolitik gilt: Stillstand heißt Rückschritt. Schon jetzt gibt es – unabhängig von der o.g. SWOT-Analyse - Handlungsschwerpunkte für konkrete Maßnahmen an, die in den nächsten zwölf Monaten prioritär umgesetzt werden müssen:

- Die Klein- und Mittelständischen Unternehmen in der Stadt sind besonders auf eine effiziente **Bestandssicherung** angewiesen. In diesem Bereich müssen besonders schnell wirksame Maßnahmen verwaltungsintern verwirklicht werden:

- Eine „One-Stop-Clearingstelle“ für die kommunale Wirtschaft in der Stadtverwaltung muss - über die übliche Briefträgerfunktion eines zentralen Ansprechpartners hinaus - bei Problemen und Anfragen die Abstimmungen der unterschiedlichen Stellen in der Stadtverwaltung aktiv unterstützen und beschleunigen. Ziel muss sein, dass keine Anfrage, kein Vorschlag und kein Hinweis länger als 10 Tage ohne substantielle Antwort an den Absender bleiben.
 - Für die Stadtverwaltung soll die interne Regel gelten: Genehmigungen und Zulassungen werden grundsätzlich innerhalb von 30 Tagen beschieden.
- **Kreative Stadt und Innovation:** Die Nutzung und Weiterentwicklung der kreativen und innovativen Potenziale der Stadt muss auch durch die Stadt aktiv wahrgenommen werden. Untersuchungen zeigen, dass die für eine erfolgreiche wirtschaftliche Entwicklung künftig nicht die Größe einer Stadt oder eine zentrale geografische Lage sind, sondern Standortfaktoren wie eine überdurchschnittliche Infrastruktur, eine gezielte Wirtschaftsförderung wissensintensiver Branchen, ein effektiver Wissenstransfer zwischen Bildungs- und Forschungseinrichtungen und Unternehmen sowie eine hohe Lebensqualität. CAU, FH, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung und die anderen Wissenschaftseinrichtungen müssen daher von der Stadt als Ressource betrachtet werden:
 - Zusammen mit den Vertretern und Akteuren aus Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur, Sozialpartner sollte die Stadt Kiel das „**Innovationsnetzwerk Arbeit und Wirtschaft**“ einrichten. Unter seinem Dach – und mit wissenschaftlicher Begleitung – werden Think Tanks zu folgenden Schwerpunkten der kommunalen Entwicklung konkrete Handlungsempfehlungen bis Ende 2010 entwickeln:
 - Maritime Wirtschaft
 - Tourismus
 - Wissenschaftsstadt Kiel
 - Gesundheit
 - Qualifizierung und Bildung
 - Verkehr
 - Die dafür notwendige wissenschaftliche und fachliche Begleitung kann ausschließlich durch Einrichtungen aus Kiel erfolgen. Ziel ist es, eine **enge und kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Stadt und Wissenschaft** zu begründen.
 - Die Stadt wird zukünftig die **CAU, die FH, die Fachhochschule für Kunst und Gestaltung und die anderen Wissenschaftseinrichtungen an Fragen der Stadtentwicklung** beteiligen: als Diskussionspartner, als Berater und als Beteiligte. Sie können Aktivitäten und Planungen der Stadt entsprechend begleiten und evaluieren, z.B. als Gegenstand der Projektforschung, der Beratung und – z.B. im Rahmen von Abschlussarbeiten - der wissenschaftlichen Ausbildung.
 - Kiel muss Gründerstadt werden uns. Sie wird in enger Zusammenarbeit mit CAU, FH, Fachhochschule für Kunst und Gestaltung und den anderen Wissenschaftseinrich-

tungen mit einem „**Spin-Off-Center**“ Ausgründungen fördern: durch Beratung, durch Marketing, durch Kontakte und Netzwerke und – last not least - durch die Nutzung kostengünstiger Büroflächen und Infrastrukturen.

- **Regionale Zusammenarbeit:** Die enge wirtschaftliche Verflechtung der Landeshauptstadt mit dem Kieler Umfeld macht auch eine enge Zusammenarbeit notwendig. Diese Zusammenarbeit muss dabei schon jetzt bestehende Verflechtungen optimieren und nutzen, sowie anstehende Entwicklungen gemeinsam aktiv beeinflussen. Das Beispiel anderer Regionen, die sich immer enger zusammenschließen zeigt: Die Auflösung von K.E.R.N. war ein strategischer Fehler.
 - Die Landeshauptstadt Kiel sollte umgehend die Nachbarkreise einladen, über die enge Zusammenarbeit im Bereich der Verwaltungsaufgaben und der Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger hinaus **gemeinsame Interessen und Ziele für die kommunale Wirtschaftsentwicklung** zu definieren. Dies betrifft v.a. folgende Bereiche:
 - Standortmarketing und Wirtschaftsförderung
 - Tourismus
 - Verkehr
 - Nutzung von Förderprogrammen
 - Interessenvertretung gegenüber der Landes- und Bundesregierung sowie gegenüber der EU.
 - Mit der Gründung eines **Verwaltungsverbands Kieler Förde** zusammen mit den Kreisen Ostholstein und Plön muss eine kommunale Wirtschaftspolitik begonnen werden, die nicht an den kommunalen Grenzen Halt macht.
- **Aktive Interessenvertretung über Kiel hinaus:** Der Einsatz von EU-Fördermitteln ist für die Stadtentwicklung mittlerweile unverzichtbar. EU-Recht setzt den Rahmen für zentrale Bereiche wie Auftragsvergabe, Flächenausweisung oder das wirtschaftliche Engagement der städtischen Betriebe. Und zentrale Kieler Entwicklungspotenziale wie z.B. die Hafenpolitik werden auf europäischer Ebene geregelt.

Kommunalpolitik ist daher auch Europapolitik. Trotzdem hat Kiel beim Einsatz von EU-Strukturfondsmitteln und Gemeinschaftsinitiativen zu wenig Phantasie gezeigt. Auch gehört Kiel zu den wenigen Städten, die ihre eigenen Interessen auf dieser Ebene weder definieren noch vertreten. So gehört Kiel keinem einzigen relevanten Interessenbündnis an, noch vertritt sie – z.B. im Gegensatz zu einigen schleswig-holsteinischen Landkreisen – ihre Interessen direkt in Brüssel.

Kiel muss seine Interessen klar formulieren und aktiv vertreten:

- in der Debatte über die Gestaltung der neuen EU-Förderprogramme in Schleswig-Holstein ab 2013 – dies entscheidet über den konkreten Mitteleinsatz und die konkrete Finanzierung kommunaler Projekte;
 - durch aktive Mitarbeit in den Organisationen der europäischen Städte und Regionen, die die Schwerpunkte der Stadtentwicklung vertreten;
 - in der Diskussion über die EU-Ostseestrategie, die ab Ende 2009 einen neuen Rahmen für viele wichtige Politikfelder auf kommunaler Ebene setzen wird, insb. Verkehr, Raumordnung und Wissenschaft.
- **Arbeit und Bildung:** Auch die Kieler Wirtschaft leidet zunehmend unter dem Mangel an gut ausgebildeten Schulabgängern und Fachkräften. Eine stärkere bedarfs- und berufsorientierte Ausbildung ist in enger Abstimmung mit den Wirtschaftsunternehmen in der Kieler Region erfolgreich zu organisieren und zu gestalten. Mit ihnen sollte die Stadt kurzfristig – z.B. im Rahmen eines Modellprojekts im Rahmen des „Zukunftsprogramms Arbeit“ - der Landesregierung alle Möglichkeiten zu einer Verbesserung der Ausbildungspolitik ausloten.
 - Ein Schwerpunkt sollten dabei die erfolgreichen Modelle und Erfahrungen aus Dänemark bilden, die ohne größere rechtliche Anpassungen übernommen werden können, wie z.B. die Einrichtung und der Ausbau von Produktionsschulen auch als eine Säule der beruflichen Bildung.
- **Zukunftsressource Wasser:** Trotz aller Sonntagsreden hat Kiel seine maritimen Bezüge und Chancen in den letzten Jahren bestenfalls punktweise genutzt. Obwohl auf Landes-, Bundes- und EU-Ebene die „maritime Politik“ einen Schwerpunkt gebildet hat, gab es aus Kiel kaum Vorschläge, Projekte oder Zielvorstellungen. Deshalb muss
 - bei der Fortentwicklung der Hafenpolitik jetzt entschieden werden, wie der ab 2012 notwendig erscheinende Ausbau von Hafenumflächen insb. für Kreuzfahrer abgestimmt wird mit dem städteplanerischen Ziel des „Wohnens am Wasser“;
 - jetzt den zahlreichen kleinen und hochinnovativen maritimen Betrieben (etwa im Yachtbau) Unterstützung angeboten werden, für die Bereiche Konzepte zu entwickeln, in denen es möglicherweise Schwachstellen gibt – z.B. beim Marketing (an dem auch die Stadt als Standort ein Interesse haben sollte), beim der Akquise (z.B. im Messebereich) oder bei der Interessenvertretung gegenüber politischen Stellen.
 - Dieser Bereich bietet sich ebenfalls an für eine enge Zusammenarbeit mit der FH zur Förderung des maritimen Technologietransfers.

- Im Stadtmarketing findet sich Kiel lediglich als Werbung für die Segel- und Kieler-Woche-Stadt wieder. Hier fehlt Kiel als Innovationsstadt mit Geschichte oder als touristischer Ausgangspunkt. Ziel sollte sein, gemeinsame Kampagnen anzustreben – die Imagekampagne der CAU hätte sich dafür angeboten.
- Insgesamt darf sich das Stadtmarketing nicht auf eine bloße Stadt-, Tourismus- und Standortwerbung beschränken, sondern muss als Teil der Stadtentwicklung begriffen werden.

4. Die Stadt braucht Instrumente

- Mit der Einrichtung eines **Dezernats für Arbeit und Wirtschaft** müssen strategische Aufgaben, operative Kompetenzen und fachliche und finanzielle Instrumente in der Stadtverwaltung endlich zusammengeführt werden. Damit muss dieses neue Dezernat nicht nur die klassischen Aufgaben wahrnehmen im Bereich
 - der Wirtschaftsförderung,
 - der Zuständigkeiten für die kommunalen Betriebe und Beteiligungen und
 - des Stadtmarketings.

Sondern darüber hinaus muss es in folgenden Bereichen mindestens eine Querschnitts- und Controllingfunktion übernehmen – und wo sinnvoll, auch direkte Zuständigkeiten, die bislang noch auf andere Dezernate verteilt sind, insbesondere

- Stadtplanerische Aufgaben und Projekte, die eine ökonomische Weichenstellung für die Stadtentwicklung bedeuten, z.B. in der Innenstadtentwicklung;
 - Alle Förderprogramme und Instrumente;
 - Zuständigkeiten für die Arbeitsmarktpolitik, insbesondere bei Aus- und Weiterbildung
 - Controlling der städtischen Aktivitäten.
- Kiel hält an seinen kommunalen Betrieben fest. Sie bilden sowohl Stand- wie Spielbein bei der Sicherung von Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, aber auch bei der Rolle der Stadt als regionaler Wirtschaftsakteur – z.B. bei der Auftragsvergabe, bei der Preis- und Gebührenpolitik oder bei der Bereitstellung von Ausbildungsplätzen. Nach Prüfung der Möglichkeiten der Rekommunalisierung im Energiesektor unter wirtschaftlichen, finanziellen und regionalpolitischen Gesichtspunkten sind weitere Aspekte der aktiven Gestaltung für leistungsfähige und preiswerte Leistungen zu durchleuchten und umzusetzen. Dabei sind insbesondere **überörtliche Lösungen oder öffentlich-rechtliche Leistungsverbünde** (z.B. im Bereich der Stadtwerke) anzustreben.
 - Öffentlich-Rechtliche Betriebe haben nicht das Ziel, Marktgewinne zu erzielen, sondern Leistungen bereitzustellen. Dazu genügt ein ausgeglichenes wirtschaftliches Ergebnis.